

Kreislaufwirtschaftsbranche und Feuerwehrverbände fordern Maßnahmen gegen existenzbedrohende Batteriebrände

Das Recycling von Rohstoffen und die Entsorgung sowie umweltfreundliche Behandlung von Abfällen sind eine wichtige Grundlage unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Die Kreislaufwirtschaftsbranche leistet ihren Beitrag für eine umweltfreundliche und ressourcenschonende Ökonomie – sie liefert die Rohstoffe der Zukunft und macht die heimische Wirtschaft unabhängiger von Importen. Diese Leistung ist zunehmend durch Batteriebrände bedroht. Täglich berichten Medien über brennende Entsorgungs- und Recyclinganlagen sowie Entsorgungsfahrzeuge.

Trotz Maßnahmen der Branche und mehr Brandschutz werden Batteriebrände zunehmen

Die alarmierende Situation ist das direkte Resultat der zunehmenden Verwendung von Lithium-Batterien und akkubetriebenen Elektrogeräten. Angebot und Nachfrage nach Geräten mit leistungsstarken Akkus wachsen seit Jahren. Immer mehr vormals kabelgebundene Geräte werden durch solche mit Lithium-Batterien ersetzt. Entsprechend ist die Zahl der Brände in der Recycling- und Entsorgungswirtschaft dramatisch angestiegen. Die Marktdaten zeigen, dass der Anteil an Altbatterien zunehmen wird und wir damit erst am Beginn einer gefährlichen Entwicklung stehen.

Diese Entwicklung geht voll zu Lasten von Recyclern und Feuerwehr, während sich für die Hersteller aus den gestiegenen Risiken bislang keine neuen Pflichten ergeben haben. Obwohl die Recyclingbranche verstärkt in zusätzliche Brandschutzmaßnahmen investiert und Brandschutzstrategien weiterentwickelt hat und sich seit 2018 die Zahl der automatischen Branderkennungs- und Löscheinrichtungen verdoppelt hat, stellen die Menge und der unkontrollierte Rücklauf von Geräten mit Lithium-Batterien die Unternehmen vor unlösbare Herausforderungen und sorgen für immer mehr und größere Einsätze der freiwilligen und beruflichen Feuerwehren.

Batterien finden sich als Fehlwürfe in allen Abfallströmen wieder und verursachen damit Brände in verschiedensten Anlagen, einschließlich solcher für Verpackungsabfälle, Altpapier und gewerbliche Abfälle sowie auf Wertstoffhöfen und in Entsorgungsfahrzeugen. Alleine ca. 80 Millionen akkubetriebene Einweg E-Zigaretten werden jährlich in Verkehr gebracht, ohne dass es dafür ein Rücknahmesystem gibt.

Kritische Infrastruktur in Gefahr, Recycler vor dem Aus, Feuerwehren unter immer höherer Belastung

Die Konsequenzen dieser Brände bedrohen inzwischen die Existenz vieler Recyclinganlagen. Nach größeren Schadensereignissen steigen Versicherungen oft aus oder setzen die Versicherungsprämie und den Eigenanteil so hoch, dass er nicht mehr tragbar ist. So wird die Recyclingwirtschaft mittlerweile mit einem fast doppelt so hohen Schadensatzfaktor, gegenüber anderen ebenfalls brandgefährdeten Wirtschaftsbereichen wie z.B. der Holzverarbeitenden Industrie, bewertet.

Die zunehmenden Beeinträchtigungen in den Betriebsabläufen bis hin zur Aufgabe des Geschäftsbetriebs wegen Brand- und Wiederaufbaukosten können erhebliche negative Auswirkungen auf die Müllabfuhr von Haushalten, Gewerben und Industrie haben. Dabei sind Anlagen massiv bedroht, die nach dem KRITIS-Dachgesetz Teil der kritischen Infrastruktur der Bundesrepublik sind. Letztendlich kann es ohne ausbleibende Gegenmaßnahmen zu betrieblichen Stillständen, Versorgungsengpässen und Störungen der öffentlichen Sicherheit kommen.

Auch für die Feuerwehren steigt die Belastung durch Batteriebrände zunehmend. Die Feuerwehren in Deutschland (Freiwillige Feuerwehren, Berufsfeuerwehren, Werk- und Betriebsfeuerwehren) sind entsprechend den in ihrem Bereich vorhandenen Risiken aufgestellt und ausgerüstet. Bei den Feuerwehren ist bereits jetzt ein starker Anstieg der Brandeinsätze in Entsorgungsbetrieben zu verzeichnen. Teilweise ist die Belastung jetzt schon erheblich, in einzelnen Fällen fallen ca. 30% der Brandeinsätze bereits in diesem Bereich an. Gleichzeitig sind die Kapazitäten der Feuerwehren begrenzt. Zusätzlich werden die Feuerwehren durch die stark zunehmenden Unwettereinsätze aufgrund des Klimawandels bereits stark gefordert. Besonders belastend ist die Situation für die ehrenamtlichen Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehren, welche etwa 90% aller Einsätze in Deutschland bewältigen.

Jeder kennt die Bilder großer Rauchwolken über Siedlungsgebieten, wenn wieder ein Großfeuer ausgebrochen ist. Diese Bilder werden genauso zunehmen, wie die Warnmeldungen der Bevölkerungsschutz-Apps. Durch die hohe Zahl an vermeidbaren Bränden bei Entsorgungsbetrieben werden große Mengen an Schadstoffen, insbesondere in Form von Rauch in die Luft emittiert. Die verbleibenden Brandrückstände müssen in der Regel als Sondermüll entsorgt werden. Die verbrannten Wertstoffe stehen für ein umweltschonendes Recycling nicht mehr zur Verfügung.

Außerdem bedeuten die Brände eine Gefahr für die Gesundheit der Beschäftigten, der Feuerwehr-Einsatzkräfte und der Bevölkerung in der Nachbarschaft einerseits bei den Löschversuchen andererseits durch große Mengen giftiger Rauchgase und durch erhebliche Brandausbreitungsgeschwindigkeiten. Es grenzt an ein Wunder, dass die Batteriebrände in den Müllfahrzeugen und Anlagen bisher noch keine Personenschäden gefordert haben.

Politik muss JETZT Gegenmaßnahmen zur Verhinderung von Batteriebränden einleiten

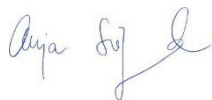
Gemeinsam fordern die unterzeichnenden Verbände eine rasche Umsetzung von effizienten und schnell wirksamen Maßnahmen durch die Politik. Der Gesetzentwurf zur Novelle des ElektroG bleibt weit hinter den Erwartungen zurück. Wirksame Vorschläge wurden in der Vergangenheit von der Recyclingbranche aufgezeigt:

- Einführung eines Batteriepfandes
- Eine herstellerfinanzierte Fondslösung, die die Absicherung der Recycling- und Entsorgungswirtschaft im Brandfall gewährleistet (ähnlich dem Einwegkunststofffondsgesetz)
- Ein Verbot von Einweg E-Zigaretten oder zumindest ein wirksames Pfand.
- Kennzeichnungspflicht für Batterien

Im Koalitionsvertrag wurde ausdrücklich vereinbart, ein Anreizsystem für die umweltgerechte Entsorgung von bestimmten Elektrogeräten und gefährlichen Lithium-Batterien zu schaffen. Es darf nicht dazu kommen, dass sich das Netzwerk von Recyclinganlagen in Deutschland durch unverschuldete Brände ausdünn.

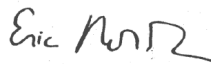
Die unterzeichnenden Verbände rufen die Bundesregierung zu zügigem Handeln und der Einrichtung einer interministeriellen Ad-Hoc-Arbeitsgruppe auf, die sich des Problems schnellstmöglich annimmt. Wir stehen für den weiteren Austausch mit der Bundesregierung bereit.

Mit freundlichen Grüßen



Anja Siegesmund

Geschäftsführende Präsidentin
Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-,
Wasser- und Kreislaufwirtschaft e.V. (BDE)



Eric Rehbock

Hauptgeschäftsführer
Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. (bvse)



Kilian Schwaiger

Geschäftsführer
Verband Deutscher Metallhändler und Recycler e.V. (VDM)



Guido Lipinski

Geschäftsführer
Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling- und Entsorgungsunternehmen e.V. (BDSV)



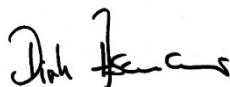
Martin Wilske

Vorsitzender
Bundesverband Betrieblicher Brandschutz
Werkfeuerwehrverband Deutschland e.V.



Karl-Heinz Banse

Präsident
Deutscher Feuerwehrverband e.V.



Dirk Aschenbrenner

Präsident
Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e.V.